

Pressemitteilung



BVSD fordert offene Diskussion zum Facharzt Schmerzmedizin Kritik an Vorfestlegung der Bundesärztekammer

Berlin, 23. Mai 2014. „Die aktuellen Presseäußerungen der Vizepräsidentin der Bundesärztekammer sind nicht nachvollziehbar. Damit soll wohl eine ergebnisoffene Diskussion über die Einführung eines Facharztes für Schmerzmedizin eher verhindert als angeregt werden“, kritisiert Prof. Dr. Dr. Joachim Nadstawek, Vorsitzender des Berufsverbands der Ärzte und Psychologischen Psychotherapeuten in der Schmerz- und Palliativmedizin in Deutschland e.V. (BVSD). Dr. Martina Wenker, Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, hat sich im Vorfeld des Deutschen Ärztetages 2014 gegen die Einführung eines Facharztes für Schmerzmedizin ausgesprochen.

„Dass der kommende Deutsche Ärztetag die Versorgung von Patienten mit akuten und chronischen Schmerzen thematisiert, begrüßen wir sehr. Denn die Unkenntnis über die teilweise verheerende schmerztherapeutische Versorgungssituation ist auch innerhalb der Ärzteschaft erschreckend hoch. Wenn aber Vorschläge für eine Strukturverbesserung vorverurteilt werden, ist dies kontraproduktiv und bedauerlich“, sagt Nadstawek. Nach Angaben der Bundesärztekammer behandeln nur rund 1.000 ambulant tätige Ärzte im Rahmen der Qualitätssicherungsvereinbarung Patienten mit chronischen Schmerzen. Etwa zehn Millionen Menschen in Deutschland leiden unter chronischen Schmerzen. „Die schmerztherapeutische Unterversorgung in Deutschland ist evident. Uns fehlen Schmerzmediziner. Deshalb müssen wir eine ergebnisoffene Diskussion darüber führen, wie wir strukturelle Veränderungen schaffen, um die Versorgungslage von chronischen Schmerzpatienten zu verbessern und nicht weiter zu verschlechtern“, so Nadstawek.

Nach Ansicht des BVSD ist die Einführung des Fachgebiets Schmerzmedizin unverzichtbar, etwa um über die Bedarfsplanung Versorgungsdefizite aufzeigen und korrigieren zu können. Neben entsprechenden Lehr- und Weiterbildungsinhalten an den Universitäten müssten kurzfristige Regelungen gefunden werden, damit bei der Neubesetzung von Arztsitzen mit Versorgungsschwerpunkten in Schmerztherapie oder Palliativmedizin diese auch ausschließlich wieder an Ärzte mit Versorgungsschwerpunkten in Schmerztherapie oder Palliativmedizin vergeben werden und so die Versorgung der Schmerzpatienten gesichert werde.

1027 ambulant tätige Vertragsärzte nehmen an der Qualitätssicherungsvereinbarung Schmerztherapie der KBV teil (Stand: 12/2010). Lediglich 381 von ihnen betreuen ausschließlich Schmerzpatienten. Aufgrund der in der Qualitätssicherungsvereinbarung vorgegebenen Fallzahllimitierung und der Begrenzung der Fallzahlen können max. 300 Fälle je Arzt im Quartal versorgt werden. Wegen diesen Versorgungsstrukturen werden in Deutschland nur 2,1 Prozent der von der Bundesärztekammer genannten Zahl an Menschen mit chronischen Schmerzen ambulant schmerztherapeutisch versorgt.

Pressekontakt: Wolfgang Straßmeir, Tel. 030 / 2 88 67 260, ws@bv-schmerz.de